**Norbert Pütter: Polizei und kommunale Kriminalprävention. Formen und Folgen polizeilicher Präventionsarbeit in den Gemeinden.**
**Verlag für Polizeiwissenschaft 2006, 364 Seiten, ISBN: 3-935979-79-7., 24,90 Euro**

*Norbert Pütter* untersucht in *Polizei und kommunale Kriminalprävention. Formen und Folgen polizeilicher Präventionsarbeit* die Rolle der Polizei innerhalb kommunaler Präventionsprojekte. Gleichzeitig bietet die Arbeit einen umfangreichen Überblick über Art und Ausmaß lokaler Präventionsarbeit in Deutschland.

Der Hauptteil der Untersuchung ist der Rolle der Polizei innerhalb lokaler kriminalpräventiver Gremien gewidmet (Kapitel 4-7). Dabei beschränkt sich die Arbeit nicht nur auf eine Vorstellung der einzelnen Projekte, sondern betrachtet diese auch kritisch. So wird etwa bei der Darstellung von Nachbarschaftsprojekten auch die Frage nach deren genereller Wirksamkeit aufgeworfen (S. 132). Bei der Behandlung von Projekten zur Stärkung der Sicherheit im öffentlichen Raum finden sich Hinweise auf problematische Folgen in Form von Verdrängung unerwünschter Randgruppen (S. 222). Durch diesen Wechsel zwischen konkreten Beispielen und kritischer Betrachtung ist die Arbeit gut zu lesen, wozu auch die verwendeten Quellen beitragen, die von Gesprächen mit Praktikern bis zu einer Auswertung der einschlägigen Literatur reichen.

In den Schlusskapiteln (Kapitel 8-9) zeigt *Pütter* Chancen und Gefahren polizeilicher Aktivitäten in kriminalpräventiven Gremien auf. Dies geschieht zwar auf verhältnismäßig knappem Raum, jedoch finden sich innerhalb der vorangegangenen Analysen der einzelnen Projekte bereits kritische Anmerkungen zum Verhältnis von Polizei und Kriminalprävention.
Der Polizei bietet sich durch das Engagement in kriminalpräventiven Gremien die Möglichkeit, mehr über das Geschehen innerhalb der Gemeinde zu erfahren. Dadurch besteht die Chance, sich verstärkt als Experte in die Arbeit vor Ort einzubringen (S. 306). Interessant ist dabei die in der Wissenschaft aufgeworfene Frage, inwiefern die damit einhergehenden Machtzuwächse zu einer “Verpolizeilichung” sozialer Konflikte führen. *Pütter* verortet das Problem nicht erst bei der Lösung von Konflikten mit polizeilichen Maßnahmen, sondern schon bei der Einstufung eines Sachverhalts als sicherheitsrelevant, weshalb er den Begriff “Versicherheitlichung” verwendet (S. 306). Das Ergebnis ist unabhängig von der Wortwahl bedenklich, wenn Sicherheit mit repressiven Maßnahmen hergestellt werden soll, zumal die Adressaten solcher Maßnahmen in der Regel gesellschaftliche Randgruppen sind,

die auf Grund ihrer bloßen Anwesenheit oder ihres Verhalten in der Öffentlichkeit unerwünscht sind (S. 308). Dies verdichtet sich zu dem allgemeinen Problem der inflationären Ausgestaltung der Prävention mit repressiven Mitteln, deren Anwendung allein in den Befugnisbereich der Polizei- oder Ordnungsbehörden fällt (S. 316). Die Polizei läuft auf diese Weise Gefahr, für “alles Unerwünschte im städtischen Kontext” (S. 322) instrumentalisiert zu werden.

Ein anderes vom Autor aufgeworfenes Problem ist das Spannungsverhältnis zwischen Prävention und Legalitätsprinzip. Die Tätigkeit innerhalb kriminalpräventiver Gremien führt zu einem Konflikt, bei dem die Pflicht, Straftaten zu erforschen (§ 163 I 1 StPO), einer präventiven Tätigkeit – bei der es opportun erscheinen mag, nicht zu ermitteln – entgegensteht (S. 317). *Pütter* führt mehrere Beispiele an, wie Beamte dieses Spannungsverhältnis zu umgehen versuchen. Wirklich geeignet, die Konsequenzen des Legalitätsprinzips zu vermeiden (S. 318), sind diese Vorschläge jedoch nur bei einer pragmatischen Sichtweise. Die Pflicht zur Erforschung von Sachverhalten kann jedenfalls nicht davon abhängen, ob Namen genannt werden oder ob Berichte im Indikativ oder Konjunktiv erfolgen.

*Norbert Pütter*s Untersuchung liefert einen umfassenden Überblick über die kriminalpräventive Praxis und bietet eine Bewertung des Teilkomplexes “Polizei und kommunale Kriminalprävention”. Die Lektüre des Buches kann zwar keine eigene Ursachenerforschung vor Ort und darauf abgestimmte Programme mit anschließender Evaluation ersetzen. Jedoch bietet es kriminalpräventiv Tätigen aus polizeilichen und nichtpolizeilichen Bereichen Anregungen, indem es zeigt, wie kriminalpräventive Arbeit andernorts gestaltet wird, was die Polizei dabei zu leisten im Stande ist und wo die Grenzen ihres Engagements innerhalb lokaler Präventionsprojekte liegen sollten.

April 2008, Andreas Ruch